

Handbuch Verfassungsrecht in der Praxis

Heusch / Ullrich / Posser

2024

ISBN 978-3-406-80584-4

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Heusch/Ullrich/Posser
Handbuch Verfassungsrecht in der Praxis



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Verfassungsrecht in der Praxis

Herausgegeben von

Prof. Dr. Andreas Heusch

Präsident des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofs für
das Land Nordrhein-Westfalen Honorarpro-
fessor an der Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf

Prof. Dr. Herbert Posser

Rechtsanwalt, Fachanwalt für
Verwaltungsrecht, Düsseldorf
Honorarprofessor an der Heinrich-
Heine-Universität Düsseldorf

Prof. Dr. Norbert Ullrich

Hochschule für Polizei und öffentliche
Verwaltung NRW, Duisburg
Privatdozent an der Juristischen Fakultät der
Georg-August-Universität Göttingen

Bearbeitet von den Herausgebern und

Dr. Stefan Altenschmidt, LL.M. (Nottingham), Simon Biederbeck, Folker Bittmann, Prof.
Dr. Frank Braun, Dr. Jan-Marcel Drossel, Dr. Christian van Endern, Prof. Dr. Martin
Fleuß, Peter Franke, Dr. Bert Füssenich, Dr. Jörg-Michel Günther, Christoph Keller,
Prof. em. Dr. Heinrich Lang, Dr. Jana Lorenz, Sebastian Lutz-Bachmann, LL.M.
(Nottingham), Prof. Dr. Bijan Nowroussian, Prof. Dr. Olaf Reidt, Dr. Frank Rieger,
Prof. Dr. Jan Dirk Roggenkamp, Dr. Ludger Schrapper, Prof. Dr. Rolf Schwartmann,
Prof. Dr. Dr. Markus Thiel.

2024



Zitiervorschlag:
Heusch/Ullrich/Posser VerfassungsR-HdB/Bearbeiter § 1 Rn. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 80584 4

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Bearbeiterverzeichnis

Dr. Stefan Altenschmidt, LL.M. (Nottingham)
Rechtsanwalt, Düsseldorf

Simon Biederbeck
Städtischer Leitender Direktor,
Bereichsleiter Bauordnung, Hannover

Folker Bittmann
Leitender Oberstaatsanwalt a. D.

Prof. Dr. Frank Braun
Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW, Münster

Dr. Jan-Marcel Drossel
Richter am Verwaltungsgericht
z.Zt. abgeordnet an das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Christian van Endern
Richter am Amtsgericht, Kleve

Prof. Dr. Martin Fleuß
Richter am Bundesverwaltungsgericht
Honorarprofessor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Peter Franke
Vizepräsident der Bundesnetzagentur a. D.

Dr. Bert Füssenich
Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Jörg-Michel Günther
Ministerialrat, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW

Prof. Dr. Andreas Heusch
Präsident des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen
Honorarprofessor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Christoph Keller
Leitender Polizeidirektor, Leiter der Abteilung Münster der Hochschule
für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

Prof. em. Dr. Heinrich Lang
Universität Greifswald

Dr. Jana Lorenz
Richterin am Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Sebastian Lutz-Bachmann, LL.M. (Nottingham)
Rechtsanwalt, Berlin

Prof. Dr. Bijan Nowrouzian

Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW, Münster

Prof. Dr. Herbert Posser

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Düsseldorf
Honorarprofessor an der Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf

Prof. Dr. Olaf Reidt

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin
Honorarprofessor an der Humboldt Universität Berlin

Dr. Frank Rieger

Geschäftsführer Recht und Steuern der
Niederrheinischen IHK Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg
Schriftleitung GewerbeArchiv

Prof. Dr. Jan Dirk Roggenkamp

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Dr. Ludger Schraper

Ministerialdirigent a. D.
Lehrbeauftragter an der Bergischen Universität Wuppertal
und der Hochschule für Öffentliche Verwaltung NRW

Prof. Dr. Rolf Schwartmann

Professor für Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht, insbesondere Öffentliches und
Internationales Wirtschaftsrecht an der Fachhochschule Köln
Leiter der Forschungsstelle für Medienrecht an der Technischen Hochschule Köln

Prof. Dr. Dr. Markus Thiel

Deutsche Hochschule der Polizei, Münster

Prof. Dr. Norbert Ullrich

Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW, Duisburg
Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen

Vorwort

„Verfassungsrecht in der Praxis“ – Der Titel bezeichnet prägnant Gegenstand und Perspektive der in diesem Handbuch versammelten Beiträge und bedarf doch der weiteren Erläuterung. Die Verfassung, das in ihr normierte Recht bildet das Fundament unserer nationalen Rechtsordnung. Dies gilt zuvörderst für das Grundgesetz als Verfassung des Bundes, das in diesem Jahr 75 Jahre alt wird, aber auch in dem vorgegebenen Rahmen für die Landesverfassungen. Der Begriff des Fundaments bezeichnet die Basis, auf der die gesamte Rechtsordnung steht. Der Begriff der Normenhierarchie assoziiert hingegen eine Stufenfolge des Rechts, auf deren obersten Stufe die Verfassung angesiedelt ist. Beiden Bildern gemein ist die darin zum Ausdruck kommende Maßgeblichkeit der Verfassung für jedes weitere staatliche Handeln. Art. 1 Abs. 3 GG spricht diese Bindung aller verfassten Staatsgewalt speziell mit Blick auf die Grundrechte des Grundgesetzes aus, Art. 20 Abs. 3 GG bindet in allgemeinerer Form jede staatliche Gewalt an die gesamte verfassungsmäßige Ordnung. Dieser Vorrang der Verfassung ist ein Geltungsvorrang, aufgrund dessen insbesondere keine Norm niederen Ranges der Verfassung widersprechen darf, ohne dass sie das Verdikt der Unwirksamkeit trifft. Soweit es um nachkonstitutionelle Parlamentsgesetze geht, bedarf es freilich der verbindlichen Feststellung durch das Verfassungsgericht. Maßstab für das Verfassungsgericht ist grundsätzlich die Verfassung, für das Bundesverfassungsgericht das Grundgesetz, die Landesverfassungsgerichte die jeweilige Landesverfassung. Bringen die Verfassungsgerichte auf diese Weise die Verfassung im Rahmen ihrer Kontrolltätigkeit „in der Praxis“ zur effektiven Geltung und Entfaltung, verlangt sie natürlich bereits bei Setzung des einfachen Rechts durch den Gesetzgeber Beachtung. So weist sie Kompetenzen zur Rechtssetzung zu, setzt dem Normgeber inhaltliche Grenzen, fordert teilweise von ihm Tätigwerden und gibt ihm anzustrebende Ziele vor. Gesetzgebung erschöpft sich indes nicht in bloßem Verfassungsvollzug. Vielmehr belässt die Verfassung dem Gesetzgeber notwendig einen mehr oder weniger weiten Spielraum der eigenständigen Gestaltung, innerhalb dessen auch unterschiedliche politische Konzepte verwirklicht werden können. Das einfache Recht hat insoweit einen relativen Selbststand. Dies entspricht gerade auch der verfassungsrechtlichen Ordnung, die dem demokratisch legitimierten Gesetzgeber diese Gestaltungsaufgabe zuweist. Folgerichtig haben die beiden anderen Gewalten, Exekutive und Judikative, bei ihrem Handeln vorrangig das einfache Recht zu beachten und anzuwenden. Dieser Anwendungsvorrang steht nicht im Widerspruch zum Geltungsvorrang der Verfassung, der einen möglichen Widerspruch zwischen einfachem und Verfassungsrecht auflöst. Allerdings kommt die Verfassung nicht nur im Falle eines solchen Widerspruchs ins Spiel. Tatsächlich wirken „in der Praxis“ des behördlichen und gerichtlichen Rechtsalltags ihre Grundentscheidungen, ihre Prinzipien in die Auslegung und Anwendung des einfachen Rechts hinein. Nicht nur der Gesetzgeber selbst konkretisiert bei Setzung des einfachen Rechts – bei aller Gestaltungsfreiheit – die Verfassung, sondern auch die Exekutive und Judikative setzen diesen Prozess im Rahmen ihrer jeweiligen Funktion weiter fort. Entsprechend sind die einzelne Sach- bzw. Lebensbereiche regelnden Teilrechtsordnungen – auch – verfassungsgeprägt. Dies gilt für das gesetzte einfache Recht wie für seine Auslegung durch Behörden und Gerichte. Dieser verfassungsrechtlichen Prägung und damit dem „Verfassungsrecht in der Praxis“ des Rechtsalltags gehen die hier versammelten Beiträge nach. Natürlich ist die verfassungsrechtliche Prägung in den verschiedenen Sach- und Lebensbereichen durchaus unterschiedlich intensiv, kommen auch neben den allgemeinen verfassungsrechtlichen Prinzipien jeweils spezifische Verfassungsnormen verstärkt zur Geltung. Dabei nehmen die Darstellungen nicht die Position des Verfassungsinterpreten ein, der eine Verfassungsnorm auslegt und hieraus einzelne Ableitungen vor-

nimmt, sondern die Perspektive des in einem Spezialgebiet kundigen Experten vom einfachen Recht auf das Verfassungsrecht.

Das Gesamtwerk lebt daher von der speziellen Expertise seiner Autoren. Die Herausgeber freuen sich, dass sie jeweils so versierte Fachleute für das Projekt begeistern und als Autoren gewinnen konnten. Die Weite des Themas spiegelt sich nicht nur in den breit gefächerten – gewiss noch erweiterungsfähigen – Spezialgebieten des Handbuchs wider, sondern auch in den unterschiedlichen Professionen der Autoren. Diese bringen aufgrund ihrer zumeist langjährigen professionellen Tätigkeit als Kommunal- und Ministerialbeamte, Rechtsanwälte, Richter und Hochschullehrer jeweils ihre spezifischen Erkenntnisse über die Bedeutung des „Verfassungsrechts in der Praxis“ ein. Mag das Handbuch daher auch ein besonderes Interesse bei in der Praxis tätigen Lesern finden, hoffen Herausgeber und Autoren doch, dass es auch darüber hinaus einem interessierten Publikum die Verfassungsbezüge der einzelnen Referenzgebiete auf dem aktuellen Stand präsentieren kann.

Herausgeber und Autoren danken dem Beck-Verlag und insbesondere Frau Saskia Henze-Wiskow sowie Herrn Dr. Eisenried als Lektoren für die stets zuverlässige, fürsorgliche und zugewandte Betreuung des Projekts.

Düsseldorf/Duisburg im Februar 2024

Andreas Heusch

Norbert Ullrich

Herbert Posser



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXVII

Einleitung (<i>Heusch</i>)	1
------------------------------------	---

1. Kapitel: Grundlagen

§ 1 Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrecht (<i>Thiel</i>)	17
§ 2 Staatshaftungsrecht (<i>Lutz-Bachmann</i>)	53
§ 3 Datenschutzrecht (<i>Roggenkamp</i>)	85

2. Kapitel: Funktionierendes Gemeinwesen

§ 4 Beamtenrecht (<i>Schraper/Günther</i>)	103
§ 5 Kommunalrecht (<i>Heusch</i>)	153
§ 6 Steuerrecht (<i>Füssenich</i>)	195

3. Kapitel: Sicherheit und Ordnung

§ 7 Eingriffsrecht (<i>Bittmann/Braun/Keller/Ullrich</i>)	227
§ 8 Versammlungsrecht (<i>Ullrich</i>)	343
§ 9 Ausländerrecht (<i>Fleuß</i>)	381
§ 10 Asylrecht (<i>Drossel</i>)	489
§ 11 Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht (<i>Nowrouzian/Ullrich</i>)	527
§ 12 Strafprozessrecht (<i>van Endern</i>)	571

4. Kapitel: Gestaltung von Wirtschaft und Umwelt

§ 13 Bauplanungs- und Bauordnungsrecht (<i>Biederbeck/Reidt</i>)	591
§ 14 Umweltrecht (<i>Posser</i>)	625
§ 15 Klimaschutzrecht (<i>Posser</i>)	669
§ 16 Wirtschaftsverwaltungsrecht (inkl. Kammerrecht) (<i>Rieger</i>)	693
§ 17 Energierecht (<i>Altenschmidt</i>)	743
§ 18 Regulierungsrecht (<i>Franke</i>)	783

5. Kapitel: Kultur

§ 19 Schul- und Hochschulrecht (<i>Lorenz</i>)	813
§ 20 Öffentliches Medienrecht (<i>Schwartzmann</i>)	845

6. Kapitel: Gesundheit

§ 21 Medizin- und Gesundheitsrecht (<i>Lang</i>)	875
--	-----

Sachverzeichnis	911
-----------------------	-----



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXVII

Einleitung

I. Vorbemerkung	1
II. Zum Verhältnis von Verfassungsrecht und einfachem Recht	3
1. Der Geltungsvorrang der Verfassung	4
2. Der Anwendungsvorrang des einfachen Rechts	5
3. Verwiesenheit des Verfassungsrechts auf das einfache Recht	6
III. Verfassungsrechtliche Prägung der einfachgesetzlichen Normsetzung ...	8
1. Einfachgesetzliche Normsetzung als verfassungsrechtliche Aufgabe ...	8
2. Die Verfassung als Rahmenordnung	10
IV. Verfassungsrechtliche Prägung der Auslegung und Anwendung einfachen Rechts	12
1. Inzidente Prüfung der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes	12
2. Verfassungskonforme Auslegung	13
3. Verfassungsorientierte Auslegung des einfachen Rechts	14

1. Kapitel: Grundlagen

§ 1 Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrecht	17
I. Grundlagen	19
II. Verwaltungsverfahrensrecht	20
1. Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen	20
2. Begriff des Verwaltungsverfahrens	21
3. Allgemeine verfassungsrechtliche Vorgaben für das Verwaltungsverfahren	22
a) Grundrechtsbindung der vollziehenden Gewalt (Art. 1 Abs. 3 GG)	22
b) Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 2 S. 2, Abs. 3 GG)	24
c) Gebot effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG)	28
4. Einzelregelungen des Verwaltungsverfahrensrechts	29
a) Amtshilfe (§§ 4 ff. VwVfG)	29
b) Beteiligungsfähigkeit, Handlungsfähigkeit (§§ 11, 12 VwVfG)	30
c) Bevollmächtigte und Beistände (§§ 14 ff. VwVfG)	31
d) Mitwirkungsverbote bei Interessenkollisionen (§§ 20, 21 VwVfG) .	31
e) Amtssprache (§ 23 VwVfG)	33
f) Untersuchungsgrundsatz, Beweismittel (§§ 24, 26 VwVfG)	34
g) Beratung, Auskunft, frühe Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 25 VwVfG)	34
h) Anhörung Beteiligter (§ 28 VwVfG)	35
i) Akteneinsicht (§ 29 VwVfG)	35
j) Geheimhaltung (§ 30 VwVfG)	36
k) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 32 VwVfG)	36
l) Verwaltungsakt (§ 35 VwVfG)	37

m) Bestimmtheit des Verwaltungsaktes, Rechtsbehelfsbelehrung (§ 37 VwVfG)	37
n) Begründung des Verwaltungsaktes (§ 39 VwVfG)	37
o) Ermessen (§ 40 VwVfG)	38
p) Bekanntgabe des Verwaltungsaktes (§ 41 VwVfG)	39
q) Wirksamkeit des Verwaltungsaktes (§ 43 VwVfG)	39
r) Öffentlich-rechtlicher Vertrag (§§ 54 ff. VwVfG)	40
s) Planfeststellungsverfahren (§§ 72 ff. VwVfG)	40
t) Rechtsbehelfe gegen Verwaltungsakte (§ 79 VwVfG)	41
III. Verwaltungsprozessrecht	41
1. Grundlagen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	41
a) Gerichtsorganisation	41
b) Verhältnis zur Verfassungsgerichtsbarkeit	42
2. Reformdiskussionen	42
3. Allgemeine verfassungsrechtliche Grundsätze für das Verwaltungsprozessrecht	44
a) Grundrechtsbindung (Art. 1 Abs. 3 GG)	44
b) Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG)	44
c) Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG)	46
d) Recht auf den gesetzlichen Richter (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG)	46
e) „Kontrollfunktion“ des Verwaltungsprozessrechts	47
f) Rechtsfrieden	48
g) Weiterentwicklung des Verwaltungsrechts, Richterrecht	48
4. Vorläufiger Rechtsschutz (§§ 80, 80a, 123 VwGO)	49
§ 2 Staatshaftungsrecht	53
I. Einleitung	54
1. Begriff des Staatshaftungsrechts	55
2. Grundrechte als dogmatische Grundlage staatlicher Einstandspflichten	56
II. Amtshaftung	59
1. Grundgesetzliche Fundierung der Amtshaftung	59
2. Dogmatische Grundstruktur der Amtshaftung nach § 839 BGB, Art. 34 GG	60
a) Haftungstatbestand und Kernprobleme	60
b) Haftung für legislatives Unrecht	62
c) Kein Haftungsausschluss	63
d) Haftungsinhalt und -umfang	64
3. Gerichtlicher Rechtsschutz	65
III. Einzelgrundrechte	65
1. Eigentumsgarantie (Art. 14, Art. 15 GG)	65
a) Enteignungsentschädigung (Art. 14 Abs. 3 GG)	66
b) Vergesellschaftungsentschädigung (Art. 15 GG iVm Art. 14 Abs. 3 GG)	66
c) Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmungen (Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG)	67
d) Enteignungsgleicher Eingriff	68
e) Enteignender Eingriff	70
f) Amtshaftung (§ 839 BGB, Art. 34 GG) bei Eigentumsverletzungen	71
2. Berufsfreiheit (Art. 12 GG)	71
a) Einstandspflichten zur Herstellung der Verhältnismäßigkeit von Eingriffen in die Berufsfreiheit	72
b) Amtshaftung (§ 839 BGB, Art. 34 GG) bei Verletzungen der Berufsfreiheit	73

3. Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 2 S. 1, 2, Abs. 1 GG)	73
a) Einstandspflichten zur Herstellung von Verhältnismäßigkeit?	73
b) Spezialgesetzliche Ansprüche	74
c) Aufopferungsanspruch (und Anspruch aus aufopferungsgleichem Eingriff)	74
d) Amtshaftung (§ 839 BGB, Art. 34 GG) bei Verletzungen von Leben, Körper, Freiheit etc	76
4. Weitere Grundrechte mit staatshaftungsrechtlichen Gehalten	76
IV. Rechtsstaatsprinzip	77
1. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung (Art. 20 Abs. 3 GG)	77
a) Unrechtsabwehr im weiteren Sinne und Verfassung	78
b) Öffentlich-rechtlicher Abwehr- und Unterlassungsanspruch	79
c) Folgenbeseitigungsanspruch	79
2. Investitionsvertrauensschutz	80
V. Rechtsweggarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	81
VI. Haftungsumfang	83
VII. Schluss und Ausblick	84
§ 3 Datenschutzrecht	85
I. Einleitung	86
II. Datenschutzrecht als verfassungsrechtliches Schutzgut	86
1. Ursprünge	86
2. Jüngere Geschichte	87
3. Das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“	88
a) Schutz	88
b) Eingriff	90
c) Rechtfertigung	91
4. Art. 7 und Art. 8 Abs. 1 GRCh	92
III. Die Europäisierung des Datenschutzrechts	93
1. Vom nationalen Datenschutzrecht zur DS-GVO	93
2. Die DS-GVO	93
a) Hintergründe	93
b) Sinn und Zweck	93
3. Die JI-Richtlinie	94
IV. Datenschutzrechtliche Grundprinzipien	95
a) Datenschutzrechtliches „Verbot mit Erlaubnisvorbehalt“	95
b) Transparenz und Nachvollziehbarkeit	96
c) Zweckbindungsgrundsatz	97
d) Erforderlichkeit	98
e) Datenminimierung	98
f) Richtigkeit	99
g) Löschung und „Recht auf Vergessenwerden“	99
h) Integrität und Vertraulichkeit / Datensicherheit	100
i) Datenschutz durch Gestaltung	100
j) Datenschutzfreundliche „Voreinstellung“	101
k) Accountability / Rechenschaftspflicht	102
2. Kapitel: Funktionierendes Gemeinwesen	
§ 4 Beamtenrecht	103
I. Einleitung	107
1. Art. 33 GG als subjektiv-rechtliche Gewährleistung und objektiver Verfassungsauftrag	107

Inhaltsverzeichnis

2. Beamte als Grundrechtsträger	109
3. Struktur der normativen Grundlagen des Beamtenrechts – von der Verfassung bis zur Verordnung	113
II. Verfassungsrechtliche Grundprinzipien und die Praxis im öffentlichen Dienst	113
1. Das verfassungsrechtlich abgesicherte Lebenszeitprinzip (Art. 33 Abs. 5 GG)	113
2. Der Schutz vermögensrechtlicher Ansprüche (Alimentationsprinzip)	114
a) Verfassungsrechtliche Verortung	114
b) Kriterien einer amtsangemessenen Alimentation	115
c) Parameter der sog. Ersten Prüfungsstufe	116
d) Zweite Prüfungsstufe	117
e) Dritte Prüfungsstufe	117
f) Vierte Stufe – Prozedurale Sicherungen	118
g) Rechtsbehelfe bei vermuteter Unteralimentation/ Grundsatz der zeitnahen Geltendmachung	118
3. Das allgemeine Fürsorgeprinzip und die praktische Bedeutung der verfassungsrechtlichen Absicherung	119
4. Das Streikverbot für Beamte	121
III. Grundrechtliche Freiheiten von Beamten – ausgewählte Konfliktfälle in der Praxis	122
1. Dienstliche Anforderungen an das Erscheinungsbild von Beamten versus freie Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)	122
a) Allgemeine Vereinbarkeit von Tätowierungen mit Uniformen	122
b) Anstößige Tätowierungen/Tätowierungsmotive	124
2. Die Ausübung von Religions- oder Weltanschauungsfreiheit durch Beamte	124
a) Einleitung	124
b) Fallgruppen – Zugang zum Amt, Amtswaltung und begehrte Sonderregelungen	125
c) Unterschiedliche Betroffenheit unterschiedlicher Verwaltungszweige	126
d) Religiöse Überzeugung und Eignung für das Amt	126
e) Religiös motivierte Ansprüche auf Leistungen des Dienstherrn	130
f) Religiöse Praxis und äußeres Erscheinungsbild im Dienst	130
3. Begrenzungen der Freizügigkeit (Art. 11 GG) und freien Persönlichkeitsentfaltung (Art. 2 Abs. 1 GG) durch Residenzpflichten des Beamten	131
4. Die Reichweite des Grundrechts von Beamten auf Leben und körperliche Gesundheit (Art. 2 Abs. 2 GG)	132
5. Das Recht der freien Meinungsäußerung	133
a) Die Ausübung der Meinungsfreiheit durch Beamte	133
b) Flucht in die Öffentlichkeit (Whistleblowing)	134
6. Nebentätigkeit als Grundrechtsverwirklichung	135
a) Einleitung	135
b) Grundrechtsschutz der Nebentätigkeit	136
c) Grundrechtsschutz bei spezifischen Nebentätigkeiten	137
7. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht von Beamten und deren private Präsenz auf Social Media	138
IV. Verfassungsrecht und Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienst	139
1. Zugangsvoraussetzungen bei öffentlichen Ämtern	139

2. Die (verfassungs-)rechtlichen Anforderungen bei der Beförderungspraxis im öffentlichen Dienst	141
a) Die Grundsätze einer verfassungsgemäßen Beförderungsauswahl ...	141
b) Verfassungsmaßstäbe bei Anwendung der Hilfskriterien Frauenförderung und Schwerbehinderung	144
c) Dienstliche Beurteilungen als Umsetzung der Verfassungsmaßstäbe des Art. 33 Abs. 2 GG	146
V. Verfassungsrecht und Rechtsschutz – die praktische Bedeutung von Art. 19 Abs. 4 GG	149
1. Konkurrentenklagen/ Eilrechtsschutz für übergangene Stellenbewerber	149
2. Einstweiliger Rechtsschutz bei Entlassung kraft Gesetzes bei Widerrufsbeamtenverhältnis	151
3. Verfassungsrechtliche Garantie effektiven Eilrechtsschutzes bei Untersuchungsanordnungen zur Dienstfähigkeitsüberprüfung	152
4. Klageziel und Klageweg bei möglicher verfassungswidriger Unteralimentation	152
§ 5 Kommunalrecht	153
I. Kommunalrechtliche Relationen und ihre verfassungsrechtliche Prägung	154
II. Demokratische Legitimation der Vertretungskörperschaft und interne Ausgestaltung nach Maßgabe des Demokratieprinzips	155
1. Der demokratische Legitimationsakt	156
2. Status, Rechte und Pflichten des Rates	159
3. Der Status des Ratsmitglieds	161
a) Der Grundsatz des freien Mandats	161
b) Der Grundsatz des gleichen Mandats	162
c) Einzelne Mitwirkungsrechte	163
d) Zur Stellung des Ratsmitglieds gegenüber Dritten	166
4. Fraktionen	167
a) Der Status der Fraktionen	167
b) Gemeindliche Zuwendungen	168
c) Rechte der Fraktion – demokratische Funktion und grundrechtliche Grenzen	168
d) Fraktionsinterne Ordnung	169
5. Spezielle demokratische Grundsätze für Organisation und Verfahren .	170
a) Grundsatz der Öffentlichkeit	170
b) Grundsatz der Spiegelbildlichkeit	171
III. Das Verhältnis der Kommune zu Bürgern, Einwohnern und Dritten	173
1. Bürgerbegehren – demokratische Mitwirkung der Bürger	173
a) Verfassungsrechtliche Verankerung und Begrenzung direktdemokratischer Mitwirkung	174
b) Kein verfassungsrechtlich determinierter Status des Bürgerbegehrens	176
c) Verfassungsrechtlich fundierte Anforderungen an das Bürgerbegehren	177
2. Neutralitäts- und Sachlichkeitsgebot für kommunale Amtsträger	179
a) Amtliche und private Äußerungen	180
b) Grund und Grenzen amtlicher Äußerungen	180
3. Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und deren Nutzung	182
a) Zugangsregelungen	183
b) Benutzungsregelungen	185
4. Anschluss- und Benutzungszwang	185

Inhaltsverzeichnis

5. Kommunale Abgaben	186
6. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen	188
IV. Die Kommunen im staatlichen Gefüge	190
1. Die Kommunalaufsicht	191
2. Die Kreisumlage	193
§ 6 Steuerrecht	195
I. Der Begriff der „Steuern“	196
II. Finanzverfassungsrechtliche Grundlagen	198
1. Allgemeines	198
2. Die Steuerhoheiten (Art. 105 ff. GG)	199
III. Grundrechte im Steuerrecht	201
1. Der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG	201
a) Lastengleichheit nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit	202
b) Verfassungsrechtliche Herleitung des objektiven Nettoprinzip	203
c) Folgerichtigkeit als Gebot des allgemeinen Gleichheitssatzes	204
d) Ausnahmen von folgerichtiger Umsetzung des Nettoprinzip	206
e) Einfach-gesetzliche Anwendungsbeispiele	208
2. Die Eigentumsgarantie aus Art. 14 Abs. 1 GG	216
a) Allgemeines	216
b) Negative Einkünfte als eigentumsrechtlich geschützte Rechtsposition?	217
c) Gewerbesteuerliche Hinzurechnung nach § 8 GewStG	219
3. Verfassungsrechtlicher Schutz des Existenzminimums (Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 20 Abs. 1 GG)	220
4. Das Verbot der Rückwirkung im Steuerrecht gemäß Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 20 Abs. 3 GG	221
a) Echte und unechte Rückwirkung	221
b) Veranlagungszeitraumrechtsprechung des BVerfG	222
c) „Neue“ Vertrauensschutzdogmatik des BVerfG	223
d) Schutzwürdiges Vertrauen in höchstrichterliche Rechtsprechung	224
e) Konstitutive versus deklaratorische Rückwirkung	226
3. Kapitel: Sicherheit und Ordnung	
§ 7 Eingriffsrecht	227
I. Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht	229
1. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung	229
a) Die Gewährleistung von Sicherheit als zentrale Aufgabe des Staates	229
b) Die Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit	231
2. Die Gefahr	238
a) Grundlagen, konkrete Gefahr und Gefahrenprognose	238
b) Qualifizierte Gefahrbegriffe	240
c) Problemfälle, in denen (noch) keine konkrete Gefahr vorliegt	241
3. Der Adressat	242
a) Grundlagen	242
b) Verhaltensverantwortlicher und Zweckveranlasser	242
c) Normadressat und Ortshaftung	243
d) Notstand	243
4. Das Ermessen	244
a) Einführung	244

b) Der Gleichheitssatz im Rahmen der Ermessensentscheidung	244
c) Ermessensreduzierung, grundrechtliche Schutzpflicht und Anspruch des Bürgers auf ein Einschreiten der Verwaltung	245
5. Die polizei- und ordnungsrechtliche Generalklausel	249
II. Grundlagen des strafprozessualen Ermittlungsverfahrens	250
1. Der Anfangsverdacht	250
2. Das Legalitätsprinzip	252
3. Die Beteiligten im Ermittlungsverfahren	253
a) Der Verteidiger	253
b) Der Ermittlungsrichter	253
4. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Festlegung von Ermittlungsbefugnissen	254
III. Maßnahmen der Datenerhebung und -verarbeitung	254
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	255
a) Das Telekommunikationsgeheimnis	255
b) Die Unverletzlichkeit der Wohnung	256
c) Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht	257
d) Der Kernbereich privater Lebensgestaltung	258
e) Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes bei heimlichen Maßnahmen	259
f) Bestimmtheit und Verhältnismäßigkeit	260
2. Maßnahmen der verdeckten Datenerhebung und -verarbeitung	262
a) Zugriff auf Telekommunikationsdaten	262
b) Zugriff auf informationstechnische Systeme: Online-Durchsuchung	271
c) Problemfall: Die Überwachung von Datenströmen	272
d) Massendatenerhebungen und -Verarbeitung	273
e) Personalisierte Datenerhebung aus dem Internet	278
f) Verdeckte personale Ermittlungen und verdeckter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen	280
g) Wohnraumüberwachung	285
3. Offene Maßnahmen der Datenerhebung und -verarbeitung	288
a) Befragung, Identitätsfeststellung und Datenabgleich	288
b) Videoüberwachung	289
c) Sonstige eingriffsintensive Formen der offenen Datenerhebung	292
4. Datenverarbeitung	294
IV. Maßnahmen mit unmittelbarem Personal und/oder Sachbezug	295
1. Gefährderansprache	295
a) Begriff, Rechtsfolge	295
b) Ermächtigungsrundlagen	296
2. Meldeauflage/Kontaktverbot	297
a) Meldeauflage	297
b) Kontaktverbot	297
3. Platzverweis/Aufenthaltsverbot/Wohnungsverweisung/Aufenthaltsvorgabe	298
a) Platzverweis	298
b) Aufenthaltsverbot	299
c) Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot	300
d) Aufenthaltsvorgabe	301
4. Freiheitsentziehende Maßnahmen	302
a) Überblick	302
b) Der Schutzbereich der Freiheit der Person	302
c) Eingriffe in die Freiheit der Person: Grundlagen	303

d) Klassische freiheitsentziehende Maßnahmen	303
e) Weiteres (möglicherweise) freiheitsbeschränkendes staatliches Handeln	310
5. Durchsuchungen sowie das Betreten von Wohnungen	313
a) Überblick	313
b) Begriff der Durchsuchung	313
c) Sachdurchsuchung	313
d) Personendurchsuchung	316
e) Durchsuchung und Betreten von Wohnungen	317
6. Körperliche Untersuchung	325
a) Verfassungsrechtlicher Hintergrund	325
b) Abgrenzung von Durchsuchung und Untersuchung	325
c) Gefahrenabwehr	326
d) Strafverfolgung	327
7. Sicherstellung und Beschlagnahme	328
a) Verfassungsrechtlicher Hintergrund	328
b) Gefahrenabwehr	328
c) Strafverfolgung	330
8. Vermögensabschöpfung	332
a) Grundlagen	332
b) Strukturelle verfassungsrechtliche Probleme der Regelung	333
c) Ergebnisse bereits vorgenommener justitieller Prüfung der Verfassungsmäßigkeit	335
V. Zwang	336
1. Präventiv-polizeilicher Zwang	336
a) Allgemeines	336
b) Gestrecktes Verfahren und Sofortvollzug	337
c) Konnexitätsfragen	337
d) Vollstreckung von anordnenden polizeilichen Befugnissen	338
e) Vollstreckung von ausführenden Befugnissen	338
f) Verhältnismäßige Anwendung unmittelbaren Zwangs	339
g) Fesselung	339
h) Finaler Rettungsschuss	340
2. Repressiv-polizeilicher Zwang	341
§ 8 Versammlungsrecht	343
I. Grundrechte und einfachgesetzliche Normen	344
1. Grundlagen	344
a) Grundrechte des Grundgesetzes	344
b) Menschenrechte auf europäischer und internationaler Ebene	345
c) Grundrechte in den deutschen Landesverfassungen	346
2. Versammlungsfreiheit und gesetzliche Regelungen	346
a) Versammlungsgesetze	346
b) Andere Gesetze	350
3. Meinungsfreiheit und gesetzliche Regelungen	351
4. Informationelle Selbstbestimmung und gesetzliche Regelungen	352
II. Versammlungsbegriff und Versammlungsformen	353
1. Versammlungsbegriff	353
a) Bedeutung des Versammlungsbegriffs	353
b) Die Definition der „Versammlung“	354
c) Die Abgrenzung zwischen Versammlungen und anderen Zusammenkünften	355
2. Versammlungsformen	355

III. Versammlungsbeteiligte und mit der Versammlung in Beziehung stehende Personen	357
1. Veranstalter	357
2. Versammlungsleiter	357
3. Versammlungsteilnehmer	358
4. Medien	359
IV. Anmeldung/Anzeige und Kooperation	359
1. Versammlungsanmeldung/Versammlungsanzeige	359
2. Kooperation	360
V. Verbote	361
1. Störungsverbot und Schutzpflicht	361
2. Waffenverbot, Gewalttätigkeitsverbot und Uniform-/Militanzverbot ..	363
3. Vermummungs- und Schutzausrüstungsverbot	366
VI. Behördliche Befugnisse	366
1. Beobachtungsmaßnahmen	366
2. Beschränkende Verfügungen	371
a) Beschränkende Verfügungen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung	371
b) Beschränkende Verfügungen (und Verbote) wegen nationalsozialistischer oder kommunistischer Inhalte	373
3. Verbot und Auflösung	374
4. Maßnahmen gegen einzelne Personen	378
a) Maßnahmen im Vorfeld der Versammlung	378
b) Maßnahmen während der Versammlung	379
5. Besonderheiten bei Versammlungen in geschlossenen Räumen	379
VII. Strafrechtliche Normen	380
§ 9 Ausländerrecht	381
I. Aufenthaltstitelrecht	383
1. Allgemeine Bestimmungen	383
2. Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet	384
a) Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen gemäß § 5 AufenthG	384
b) Aufenthaltstitel bei Asylantrag gemäß § 10 AufenthG	393
c) Einreise- und Aufenthaltsverbot gemäß § 11 AufenthG	394
3. Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen	396
a) Aufnahme aus dem Ausland gemäß § 22 AufenthG	396
b) Aufnahmeanordnungen gemäß § 23 AufenthG	397
c) Aufenthaltsgewährung in Härtefällen gemäß § 23a AufenthG	400
d) Aufenthalt aus humanitären Gründen gemäß § 25 AufenthG	401
e) Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen gemäß § 25a AufenthG	406
f) Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration gemäß § 25b AufenthG	407
4. Aufenthalt aus familiären Gründen	409
a) Grundsatz des Familiennachzugs gemäß § 27 AufenthG	409
b) Familiennachzug zu Deutschen gemäß § 28 AufenthG	416
c) Familiennachzug zu Ausländern gemäß § 29 AufenthG	419
d) Ehegattennachzug gemäß § 30 AufenthG	421
e) Eigenständiges Aufenthaltsrecht des Ehegatten gemäß § 31 AufenthG	424
f) Kindernachzug gemäß § 32 AufenthG	426
g) Geburt eines Kindes im Bundesgebiet gemäß § 33 AufenthG	428

h) Befristetes Aufenthaltsrecht minderjähriger und volljähriger Kinder gemäß § 34 AufenthG	430
i) Eigenständiges unbefristetes Aufenthaltsrecht minderjähriger und volljähriger Kinder gemäß § 35 AufenthG	430
j) Nachzug der Eltern und sonstiger Familienangehöriger gemäß § 36 AufenthG	432
k) Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten gemäß § 36a AufenthG	435
5. Besondere Aufenthaltsrechte	436
a) Recht auf Wiederkehr gemäß § 37 AufenthG	436
b) Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche gemäß § 38 AufenthG	438
II. Ordnungsrechtliche Vorschriften	439
1. Ordnungsverfügungen gemäß § 46 AufenthG	439
a) Maßnahmen zur Förderung der Ausreise gemäß § 46 Abs. 1 AufenthG	439
b) Untersagung der Ausreise gemäß § 46 Abs. 2 AufenthG	440
2. Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung gemäß § 47 AufenthG	441
III. Beendigung des Aufenthalts	442
1. Begründung der Ausreisepflicht	442
a) Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts gemäß § 51 AufenthG	442
b) Rücknahme gemäß § 51 Abs. 1 Hs. 1 Nr. 3 AufenthG iVm § 48 VwVfG	442
c) Widerruf gemäß § 51 Abs. 1 Hs. 1 Nr. 4 iVm § 52 AufenthG und nachträgliche zeitliche Verkürzung der Befristung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 7 Abs. 2 S. 2 AufenthG	443
d) Ausweisung gemäß § 51 Abs. 1 Hs. 1 Nr. 5 iVm §§ 53 ff. AufenthG	445
e) Abschiebungsanordnung gemäß § 51 Abs. 1 Hs. 1 Nr. 5a iVm § 58a AufenthG	448
f) Überwachung ausreisepflichtiger Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit gemäß § 56 AufenthG	449
g) Elektronische Aufenthaltsüberwachung gemäß § 56a AufenthG ...	450
2. Durchsetzung der Ausreisepflicht	451
a) Zurückschiebung gemäß § 57 AufenthG	451
b) Abschiebung gemäß § 58 AufenthG	452
c) Androhung der Abschiebung gemäß § 59 AufenthG	456
d) Verbot der Abschiebung gemäß § 60 AufenthG	458
e) Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung gemäß § 60a AufenthG	462
f) Räumliche Beschränkung, Wohnsitzauflage und Ausreiseeinrichtungen gemäß § 61 AufenthG	467
g) Abschiebungshaft gemäß § 62 AufenthG	470
h) Vollzug der Abschiebungshaft gemäß § 62a AufenthG	471
i) Ausreisegewahrsam gemäß § 62b AufenthG	471
j) Ergänzende Vorbereitungschaft gemäß § 62c AufenthG	472
k) Bestellung eines anwaltlichen Vertreters gemäß § 62d AufenthG ...	474
IV. Haftung und Gebühren	474
1. Pflichten der Beförderungsunternehmer gemäß § 63 AufenthG	474
2. Rückbeförderungspflicht der Beförderungsunternehmer gemäß § 64 AufenthG	475
3. Haftung für Lebensunterhalt gemäß § 68 AufenthG	476

V. Verfahrensvorschriften und Datenschutz	477
1. Verfahrensvorschriften	477
a) Handlungsfähigkeit gemäß § 80 AufenthG	477
b) Beschränkung der Anfechtbarkeit gemäß § 83 AufenthG	478
c) Wirkungen von Widerspruch und Klage gemäß § 84 AufenthG ...	478
d) Verfahren bei konkreten Anhaltspunkten einer missbräuchlichen Anerkennung der Vaterschaft gemäß § 85a AufenthG	479
2. Datenschutz gemäß den §§ 86–91g AufenthG	482
VI. Straf- und Bußgeldvorschriften gemäß den §§ 95–98 AufenthG	483
VII. Übergangs- und Schlussvorschriften	484
1. Altfallregelung gemäß § 104a AufenthG	484
2. Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder von geduldeten Ausländern gemäß § 104b AufenthG	485
3. Chancen-Aufenthaltsrecht gemäß § 104c AufenthG	486
4. Einschränkung von Grundrechten gemäß § 106 AufenthG	487
§ 10 Asylrecht	489
I. Einführung	489
II. Anwendbare Grundrechtsordnungen	491
III. Verfassungsrechtliche Einflüsse auf die Zuständigkeitsbestimmung nach dem Dublin-System	492
IV. Verfassungsrechtliche Einflüsse auf das Asylverfahren	494
1. Materielles Asylrecht	494
a) Asylgrundrecht	494
b) Internationaler Schutz	503
c) Abschiebungsverbote (§ 60 Abs. 5 und Abs. 7 S. 1 AufenthG)	505
d) Abschiebungsandrohung	510
e) Einreise- und Aufenthaltsverbot	510
f) Anwendung des allgemeinen Gleichheitssatzes	511
2. Das behördliche Asylverfahren bis zur Entscheidung des Bundesamtes	512
a) Einleitung des Verfahrens und erste Schritte	513
b) Pflichten innerhalb des Verfahrens	513
c) Entscheidung und Zustellung	515
V. Besondere Verfahrensarten	515
1. Folgeantrag	515
2. Behördliche Aufhebung asylrechtlicher Entscheidungen	516
VI. Verfassungsrechtliche Einflüsse auf den Rechtsschutz im Asylrecht	517
1. Zugang zum Rechtsschutz	517
2. Prozessablauf	519
3. Gesetzlicher Richter	522
4. Verfahrensbeendigung	523
5. Besonderheiten im Verfahren auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes	524
6. Verfassungsbeschwerde	525
§ 11 Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	527
I. Grundlagen	528
1. Berechtigung des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts	528
2. Pflicht des Staates zu effektiver Strafverfolgung	528
3. Festlegung des Strafbaren	529
4. Schuldgrundsatz und Strafzwecke	531

5. Keine Strafe ohne Gesetz/ Bestimmtheitsgrundsatz	531
6. Die staatliche Reaktion auf die Tat	533
a) Strafe	533
b) Maßregeln	539
c) Rechtsfolgen bei Ordnungswidrigkeiten	542
II. Allgemeiner Teil	543
1. Objektiver Tatbestand	543
2. Subjektiver Tatbestand	544
3. Rechtswidrigkeit: Rechtfertigungsgründe	544
a) Einwilligung	544
b) Notwehr	545
c) Notstand	546
d) Rechtfertigung durch Grundrechte?	546
e) Rechtfertigung von „zivilem Ungehorsam“?	549
4. Schuld	550
5. Fahrlässigkeitsdelikte	550
6. Versuch und Rücktritt	551
7. Unterlassungsdelikte	551
8. Täterschaft und Teilnahme	551
III. Besonderer Teil	552
1. Tötungsdelikte	552
a) Mord (§ 211 StGB)	552
b) Totschlag (§ 212 StGB)	553
c) Tötung auf Verlangen (§ 216 StGB)	553
d) Schwangerschaftsabbruch (§ 218 StGB)	553
2. Delikte gegen Eigentum und Vermögen	554
a) Diebstahl	554
b) Betrug und Untreue	554
3. Nötigung	555
a) Grundlagen	555
b) Der Referenzfall Blockadedemonstration	556
c) Sonstige Fälle von Nötigung	563
4. Äußerungsdelikte	564
a) Volksverhetzung	564
b) Beleidigungsdelikte	568
5. Straßenverkehrsdelikte	570
6. Falsche Verdächtigung (§ 164 StGB)	570
§ 12 Strafprozessrecht	571
I. Einleitung und Überblick	572
II. Der Grundsatz der Selbstbelastungsfreiheit	572
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	572
2. Einfachgesetzliche Ausprägung	573
3. Ausgewählte aktuelle Fragen in der Praxis	573
a) Verletzung des Kernbereichs des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	573
b) Fortwirkung verbotener Vernehmungsmethoden bei unterlassener „qualifizierter“ Belehrung	575
c) Beweisverwertungsverbot als absolutes Verbot oder relatives (Belastungs-)Verbot	576
III. Das Beschleunigungsgebot	577
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	577
2. Einfachgesetzliche Ausprägung	578

3. Ausgewählte aktuelle Fragen in der Praxis	578
a) Verspätete Vorlage einer Haftbeschwerde an das Beschwerdegericht	578
b) Geltung des Beschleunigungsgebots auch im Zwischenverfahren ..	579
c) Verstoß gegen das Beschleunigungsgebot wegen zu geringer Verhandlungsdichte	580
IV. Die Unschuldsvermutung und der Grundsatz in dubio pro reo	581
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	581
2. Einfachgesetzliche Ausprägung	581
3. Ausgewählte aktuelle Fragen in der Praxis	582
a) Widerruf der Strafaussetzung zur Bewährung wegen neuer Straftat vor (rechtskräftiger) Verurteilung	582
b) Verurteilung unter Berücksichtigung späterer noch nicht abgeurteilter Taten	583
V. Das Doppelbestrafungsverbot	585
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	585
2. Einfachgesetzliche Ausprägung	586
3. Ausgewählte aktuelle Fragen in der Praxis	587
a) Transnationales Doppelverfolgungsverbot	587
b) Wiederaufnahme des Verfahrens zuungunsten des Verurteilten im Fall einer Beibringung neuer Tatsachen oder Beweismittel	588

4. Kapitel: Gestaltung von Wirtschaft und Umwelt

§ 13 Bauplanungs- und Bauordnungsrecht	591
I. Wesentliche Regelungsgegenstände	592
1. Bauplanungsrecht	592
2. Bauordnungsrecht	593
3. Raumordnungsrecht	594
II. Gesetzgebungskompetenzen	594
1. Inhaltliche Abgrenzungen und Unterschiedlichkeit der Regelungskompetenzen	594
a) Bauplanungsrecht	594
b) Bauordnungsrecht	594
2. Überschneidungen und deren Auswirkungen	595
III. Bauplanungsrecht	597
1. Wesentliche Gesetze zum Bauplanungsrecht	597
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen und Anknüpfungspunkte	597
a) Kommunale Planungshoheit (Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG)	597
b) Eigentumsgarantie (Art. 14 Abs. 1 GG)	598
c) Sonstige Grundrechte	600
d) Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3 GG)	601
e) Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, insbesondere Klimaschutz und Klimaanpassung (Art. 20a GG)	601
3. Ausgestaltung der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung unmittelbar durch Bundesrecht (§§ 34 und 35 BauGB)	602
4. Instrumente des Bauplanungsrechts	603
a) Bauleitplanung	603
b) Vorhabenzulassung	607
c) Sonstige Instrumente des Bauplanungsrechts	609
IV. Bauordnungsrecht	612
1. Bauordnungsrecht als Beschränkung der Baufreiheit	612
2. Schutzziele der Landesbauordnungen	614

Inhaltsverzeichnis

3. Formelles Bauordnungsrecht	614
a) Genehmigungsvorbehalt und gebundener Anspruch auf Baugenehmigung	614
b) Bestandsschutz	615
c) Einschreiten gegen baurechtswidrige Zustände	616
d) Nachbarschutz	618
4. Materielles Bauordnungsrecht	620
a) Schutz von Leib und Leben	620
b) Schutz natürlicher Lebensgrundlagen	621
c) Örtliche Bauvorschriften/Gestaltungssatzungen	621
d) Verunstaltungsverbot	622
§ 14 Umweltrecht	625
I. Grundlegungen	626
II. Grundrechte	632
1. Kein Umweltgrundrecht	632
2. Schutzbereiche	632
III. Art. 20a GG	637
IV. Verfassungsrechtliche Strukturprinzipien	643
1. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	644
2. Bestimmtheit	646
3. Vertrauens- und Investitionsschutz	647
4. Verhältnismäßigkeit	649
V. Umweltprinzipien und Umweltschutzzinstrumente	649
1. Prinzipien	650
a) Schutz und Vorsorge	650
b) Nachhaltigkeit	650
c) Verursacherprinzip	651
d) Kooperationsprinzip	652
e) Integrationsprinzip	652
2. Instrumente	652
VI. Kompetenzen im Mehrebenensystem	653
1. Völkerrecht	653
2. Umwelteuroparecht	654
3. Zuständigkeitsverteilung unter dem Grundgesetz	657
VII. Verfahrensausgestaltung und Informationszugang	660
1. Grundrechtsschutz durch Verfahren	660
2. Informationsrechte und -pflichten	661
VIII. Rechtsschutz und richterliche Kontrolldichte	662
1. Einschränkungen richterlicher Kognition	663
2. Ausdehnungen richterlicher Zugriffe	664
3. Aarhus-Konvention und UmwRG	665
IX. Ausblick	665
§ 15 Klimaschutzrecht	669
I. Tatsächlicher Ausgangsbefund	669
II. Legislative Reaktionen	670
III. Gerichtliche Reaktionen	671
1. Budgetansatz	675
2. Maßstab	677
3. Wahrscheinlichkeitsmaßstab	678
4. Bewirtschaftete Freiheit	678
5. Rechtskonstruktive Überlegungen	679

6. Ausblendung übergreifender Regelungsstrukturen	679
7. Fazit	680
IV. Klimaschutz in der Rechtspraxis – erste instanzgerichtliche Entscheidungen	680
V. Klimaklagen	682
VI. Widerstandsrecht	690
VII. Ausblick	690
§ 16 Wirtschaftsverwaltungsrecht (inkl. Kammerrecht)	693
I. Einführung	694
II. Allgemeines Gewerberecht	696
1. Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	697
2. Gewerbefreiheit unter der Geltung des Grundrechts der Berufsfreiheit	698
a) Begriffe des Gewerbes und Berufs	699
b) Berufsregelnde Tendenz	700
c) Eingriff in die Berufsfreiheit	701
3. Gewerbefreiheit und Erlaubnispflichten nach der GewO	702
a) Stehendes Gewerbe (§§ 1 ff. GewO)	702
b) Zuverlässigkeit	703
4. Genehmigungsvorbehalte	707
5. Überwachungsbedürftige Gewerbe (§ 38 GewO)	709
6. Öffentliche Bestellung von Sachverständigen und Versteigerern	709
a) Öffentliche Bestellung von Sachverständigen (§ 36 GewO)	710
b) Versteigerer (§ 34b GewO)	711
7. Reisegewerbe (§§ 55 ff. GewO)	711
8. Marktgewerbe (§§ 64 ff. GewO)	712
a) Multipolare Rechtsverhältnisse	713
b) Gemeinde als Veranstalter	714
III. Gaststättenrecht	716
IV. Handwerksrecht und Recht der freien Berufe	718
1. Großer Befähigungsnachweis	719
2. Auskunftsverlangen und Betretungsrechte	721
a) Betretungsrecht	721
b) Auskunftsspflichten	722
3. Freie Berufe	723
V. Ladenschlussrecht	723
VI. Staat als Marktakteur	727
1. Staatliches Informationshandeln	728
2. Informationspflichten auf Antrag	729
3. Subventionen	729
4. Vergabe öffentlicher Aufträge	730
5. Wirtschaftliche Betätigung	731
VII. Kammerrecht	732
1. Mitgliedschaft und Verbandskompetenz	733
a) Interessenvertretung	733
b) Berufsaufsicht und andere Verwaltungsaufgaben	734
c) Förderung der Mitglieder und Rücksichtnahmepflicht	734
2. Mitgliedschaftliches Klagerecht	735
3. Partizipation der Mitglieder und demokratische Legitimation	736
4. Organbildung	737
5. Mitgliedsbeitrag	739
6. Fazit	741

§ 17 Energierecht	743
I. Sichere Energieversorgung als Grundvoraussetzung moderner Staatlichkeit	744
II. Verfassungsrechtlicher Organisationsrahmen	745
1. Bund und Gemeinden	745
a) Bund	745
b) Gemeinden	746
2. Energieerzeugungs- und Energieversorgungsunternehmen	747
a) Juristische Personen des Privatrechts mit ausschließlich privater Beteiligung	747
b) Juristische Personen des öffentlichen Rechts	747
c) Juristische Personen des Privatrechts mit staatlicher Beteiligung	748
3. Behörden	748
a) Geteilte Zuständigkeiten	749
b) Unabhängigkeit der BNetzA in Teilbereichen des Energierechts	749
III. Staatliche Gewährleistungsverpflichtungen im Bereich der Energieversorgung	750
1. Energieversorgung als öffentliche Aufgabe	750
2. Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung	751
a) Vorsorge für den Spannungs- und Verteidigungsfall	752
b) Gefährdung oder Störung der Energieversorgung ohne äußere Bedrohung	755
3. Versorgung mit Energieträgern	757
4. Energieinfrastruktur	760
a) Leitungsnetze	760
b) Enteignungen für Leitungsnetze	761
c) Erneuerbare Energien und Ausbau der Energie-Infrastruktur	762
d) Diversifizierung der Erdgasversorgung	765
e) Option des Wiedereinstiegs in die Nutzung der Kernenergie	766
IV. Staatliche Schutzpflichten	767
1. Schutz natürlicher Lebensgrundlagen	767
2. Klimaschutz	768
a) Kohleausstieg	770
b) Emissionshandel als umweltökonomisch begründete Freiheitsbeschränkung	773
3. Verbraucherschutz	775
a) Energielieferung	776
b) Schutz der Privatheit des Einzelnen	779
§ 18 Regulierungsrecht	783
I. Abgrenzung, Zweck, Entstehung	784
1. Begriff der Regulierung	784
2. Das europäische Regulierungsmodell	784
3. Entwicklung in den Netzsektoren	785
a) Telekommunikation	785
b) Energie	786
c) Post	787
d) Eisenbahnen	787
4. Regulierungsrecht und Verfassungsrecht	787
II. Stellung der Regulierungsbehörde	788
1. Unabhängigkeit und technisch-fachliches Aufgabenprofil	788

2. Sektorale Ausgestaltung der Unionsvorgaben zur Unabhängigkeit	790
a) Umsetzung der Unionsvorgaben für die Netzsektoren	790
b) Entscheidung durch Beschlusskammern	791
3. Verfassungsrechtliche Problematik einer unabhängigen Regulierungsbehörde	794
a) Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde und Demokratieprinzip	794
b) Verdrängung des nationalen Gesetzgebers durch ausschließliche Aufgabenzuweisungen an die Regulierungsbehörde	796
III. Normative Vorgaben und Aufgabenzuweisungen	798
1. Unionsrechtliche Vorgaben	798
2. Verfassungsrechtliche Vorgaben	798
a) Explizite verfassungsrechtliche Vorgaben – Überführung der Betriebsverwaltungen des Bundes in ein reguliertes System	798
b) Verfassungsfragen der Netzregulierung	800
3. Gesetzliche Vorgaben und Aufgabenzuweisungen	801
a) Gesetzeszweck und Regulierungsziele	801
b) Zentrale regulatorische Aufgaben und ihre Ausformung	802
IV. Verfahren und Handlungsinstrumente der Regierungsverwaltung	805
1. Verfahren im Regulierungsverwaltungsrecht	805
a) Verfahrensstrukturen	805
b) Spezifische Verfahrensregelungen	806
2. Handlungsinstrumente der Regulierungsverwaltung	807
V. Rechtsschutz	809
1. Rechtswege	809
2. Effektiver Rechtsschutz	810

5. Kapitel: Kultur

§ 19 Schul- und Hochschulrecht	813
I. Schulrecht	813
1. Zugang zur Schule	814
a) Zurückstellung vom Schulbesuch und Verpflichtung zur schulärztlichen Eingangsuntersuchung	814
b) Schulaufnahme	815
2. Bestehendes Schulverhältnis	819
a) Generelle Pflicht zum Schulbesuch	819
b) Teilnahme an einzelnen Schulveranstaltungen	828
c) Schulische Einzelmaßnahmen	835
II. Hochschulrecht	840
1. Zugang zum Studium	841
2. Studiengebühren	842
3. Hochschulprüfungen	844
§ 20 Öffentliches Medienrecht	845
I. Einleitung	846
II. Kompetenz für die Regelung des Medienrechts	847
1. Presserecht	847
2. Rundfunkrecht und sonstige medieninhaltliche Regelungen	848
3. Telekommunikationsrecht	848
III. Individuelle Kommunikationsfreiheiten des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	848
1. Einführung	848

2. Meinungsfreiheit	848
a) Schutzbereich der Meinungsfreiheit	849
b) Schrankensystematik und Abwägung	850
c) „Virtuelles Hausrecht“ der digitalen Diensteanbieter	855
3. Informationsfreiheit	857
IV. Institutionelle Kommunikationsfreiheiten des Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	857
1. Einführung	857
a) Begriff der institutionellen Kommunikationsfreiheiten	858
b) Schrankensystematik	858
c) Pflichten als Kehrseite des Grundrechts	858
2. Pressefreiheit	859
a) Schutzbereich	859
b) Schrankensystematik und Abwägung	861
c) Gefahren für die Pressefreiheit durch den DSA	862
3. Rundfunkfreiheit	863
a) Schutzbereich	863
b) Ausgestaltungen der Rundfunkfreiheit	868
c) Schrankensystematik und Abwägung	869
4. Filmfreiheit	869
V. Europäische Medienregulierung	870
1. Digital Services Act (DSA)	871
2. KI-Verordnung und allgemeine Regeln für den Einsatz generativer KI	871
a) KI-Verordnung	871
b) Sonstiges Recht	872
3. European Media Freedom Act (EMFA)	873
4. Folgen für das nationale Medienrecht	874
VI. Fazit	874

6. Kapitel: Gesundheit

§ 21 Medizin- und Gesundheitsrecht	875
I. Das Medizin- und Gesundheitsrecht als intra- und interdisziplinäres Querschnittsgebiet	876
II. Begriffsklärungen, Abgrenzungen und Gebietsverschränkungen	876
1. Abgrenzung Medizin- und Gesundheitsrecht	876
2. Medizinstrafrecht	877
3. Zur Bedeutung des Sozial- und Sozialversicherungsrecht	877
4. Eingrenzungen	877
III. Referenzbereich Transplantationsmedizin	878
1. Problemkontext und Rechtstatsachen	878
2. Transplantationsmedizinische Behandlungsformen	878
a) Totenspende	878
b) Lebendspende	879
c) Subsidiarität der Lebendspende	879
3. Der gesetzliche Rahmen der Transplantationsmedizin	880
a) Überblick	880
b) Das Transplantationsgesetz	880
4. Normative Voraussetzungen einer Organtransplantation	880
a) Die beiden Todesbegriffe des Transplantationsgesetzes	881
b) Erweiterte Zustimmungslösung	881
c) Widerspruchslösung und Selbstbestimmungsrecht	881
5. Medizinische Voraussetzungen einer Organentnahme	882

6. Verfassungsfragen der Todeskonzeptionen des Transplantationsgesetzes	883
a) Ende des grundrechtlichen Lebensschutzes	883
b) Die Unvereinbarkeit des Hirntodkriteriums mit dem Grundrecht auf Leben	884
7. Das Organallokationsverfahren	885
a) Überblick	885
b) Die beteiligten Institutionen und die Einbindung in den sog. Eurotransplant-Verbund	886
c) Der Weg des Empfängers zum Organ	888
8. Der normative Rahmen einer Organallokation	889
9. Verfassungsfragen der Allokationssteuerung durch Richtlinien der Bundesärztekammer	889
a) Anforderungen an hinreichende demokratische Legitimation	889
b) Richtlinientätigkeit der Bundesärztekammer ohne hinreichende demokratische Legitimation	890
c) Anforderungen der Wesentlichkeitslehre verfehlt	892
10. Offene Rechtsschutzfrage und Judikate	895
a) Verfassungsvorgaben des Art. 19 Abs. 4 GG	895
b) Wartelistenrelevante Entscheidungen – Rechtswegverunklarung	896
c) Gerichtliche Kontrolle der Vermittlungsentscheidungen	896
d) Exemplarische Judikate	897
IV. Referenzbereich assistierte Reproduktion	898
1. Die versicherungsrechtliche Seite der assistierten Reproduktion	898
a) Überblick und Behandlungsformen	898
b) Das Recht der assistierten Reproduktion in der GKV	899
c) Das Recht der künstlichen Befruchtung in der PKV	900
d) Gleichheitsrechtliche Spannungslagen	901
2. Embryonenschutz und assistierte Reproduktion	903
a) Überblick über die Regelungsgehalte des Embryonenschutzgesetzes	903
b) Die grundrechtlichen Berechtigungen des Embryos in vitro aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	903
c) Zur Menschenwürde als Maßstabnorm	905
d) Reproduktive Grundrechte	906
3. Verbot der Eizellspende bei erlaubter Samenspende	907
4. Verfassungsmäßigkeit des Verbots der Leih- bzw. Ersatzmutterschaft	909
Sachverzeichnis	911



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG